

# GEDENKDIENTST

Zivilersatzdienst - Holocaust-Education - Europäischer Freiwilligendienst

No 4/07

## Die Zeitschrift *Gedenkdienst*:

# Zehn Jahre und ein Ende?

## Zur Halbierung der Publizistikförderung

Nächstes Jahr würde die *Gedenkdienst*-Zeitung seit immerhin einem Jahrzehnt existieren – ob wir Grund zu feiern haben werden, ist leider nicht klar. Denn als Jubiläumsgeschenk wurde die staatliche Publizistikförderung, die man unserem Blatt bislang angedeihen ließ, um satte 60 % reduziert. In Zahlen: von rund 3.400,- auf 1.400,- Euro. Wirklich große Summen, die den Geldgeber vermutlich heftig schmerzten. Der Geldgeber, das ist das Bundeskanzleramt bzw. die KommAustria, eine jener parastaatlichen Agenturen, über die heutzutage vermehrt öffentliche Gelder abgewickelt werden.

### Die Wohltaten des Sparens

Drastische Kürzung für Gedenkdienst also. Schließlich muss man Prioritäten setzen: Die Sicherstellung der Meinungsvielfalt verlangt eine Förderung von 48.000 Euro für die Mölzer-Postille *Zur Zeit*, die als Blattlinie formuliert: „gegen den linken Tugendterror, der mit der Faschismuskeule unabhängiges Denken und Publizieren verhindern möchte“.

Muss man aber alles immer gleich so negativ sehen? Vielleicht will man uns ja nur Gutes – im Sinn einer g'sunden Finanzwatsche. Tatsächlich, so wurde auf Nachfrage von der KommAustria beschieden, handle es sich um eine durchaus konstruktive Maßnahme; man wolle uns Anreiz geben, mehr AbonnentInnen zu werben.

Sicherlich, man soll die Chancen nicht unterschätzen, aus „Gedenkdienst“ einen finanziell lukrativen Auflagenerfolg zu machen. Und wenn das nicht gelingt, können wir ja immer noch die Verschlangung der Kostenstruktur angehen. Hmm, mal nachdenken: Gedruckt auf zum Gutteil gespendeten Papier, Redaktion ehrenamtlich, AutorInnenhonorare – leider nein. ABER: Wir könnten die Ausgaben für die Druckerei einsparen und die BewerberInnen um einen Gedenkdienst nach Art mittelalterlicher Schreibstuben die Zeitschrift handschriftlich kopieren lassen. Da wäre sicher noch etwas drinnen. Oder – und gemessen an unserem Vereinszweck um nichts plausibler – wir stellen den internationalen Versand ein: unter anderem an 1938 ff. vertriebene ÖsterreicherInnen, die heute in Buenos Aires oder Jerusalem, New York oder Stockholm leben. Einen großen Teil der Publizistikförderung haben wir in die hierfür anfallenden Portokosten gesteckt.

### Politische Verantwortung?

Alles ziemlich absurd. Lächerlich? Oh ja. Aber wieder einmal nicht lustig. Heuer wollte bereits Andreas Unterberger, Chefredakteur der Wiener Zeitung, dem Verein eine existenzbedrohende Klage umhängen, hat dann aber mangels Erfolgsaussicht davon abgesehen. Dass er in der republikeneigenen Zeitung den Paradeanwalt rechtsextremer Verbotsgesetz-Übertreter das Verbotsgesetz kommentieren ließ, ist eben als Faktum schwer zu leugnen.

Da fehlt ja die Hälfte!



Diesmal steht unsere Zeitung am Spiel. Zugegeben auf wenig spektakuläre Art, denn das Zudrehen des Geldhahns ist, zumal es sich ohnehin seit jeher um ein dünnes Rinnsaal handelt, eine ebenso schlichte wie effektvolle Maßnahme. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass uns die Kürzung trifft, nachdem Schwarz-Blau, die rechtste Regierungskonstellation, die unsere Republik je hatte, endlich abgelöst wurde.

Die Publizistikförderung ist freilich ausgelagert. Der Bund gibt das Geld, die KommAustria entscheidet über die Förderung. Leider also wieder einmal politisch niemand zuständig? Immerhin ist die KommAustria dem Bundeskanzleramt berichtspflichtig – könnte man da nicht meinen, wo ein politischer Wille, da auch ein Weg?

Oliver Kühschelm,  
Chefredakteur GEDENKDIENTST

Florian Wenninger,  
Obmann Verein Gedenkdienst

## Inhalt

|   |   |
|---|---|
| Das Verbotsgesetz. Heute noch zeitgemäß?                                    | 2 |
| Geschichtsaufarbeitung im BSA   | 3 |
| Verstörung & Aneignung – Beschäftigung mit der Zeitgeschichte des Lavantals | 3 |
| Jüdisches Leben in Wien nach 1945   | 4 |
| Öffnung des ITS-Archivs   | 5 |
| Maison der la culture Yiddish - Bibliothèque Medem                          | 6 |
| ZeitzeugInnenprojekt Frühjahr 2007  | 7 |
| „Meine erste Gruppe“ – Gedenkdienst in Terezin                              | 7 |
| Gedenkstätte Steinhof: Ende eines Provisoriums                              | 7 |

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ruht auf einer Nachlese zum Sommersemester der Veranstaltungsreihe „Geh denken!“. Markus Rief hat Vorträge und Podiumsdiskussionen zum Verbotsgesetz, zum Jüdischen Leben in Wien nach 1945 und zur Vergangenheitsbewältigung des BSA zusammengefasst. Christian Klösch, selbst Vortragender in der Reihe, legt seine Motivation dar, sich mit dem Nationalsozialismus in seiner Heimatregion, dem Lavanttal, auseinanderzusetzen, und berichtet auch über die Rezeption, die sein aus dieser Beschäftigung entstandenes Buch in der Region fand.

Weitere Artikel: Harald Edinger schreibt über die Öffnung des ITS-Archivs, eines riesigen Dokumentenbestands zu KZ-Häftlingen, ZwangsarbeiterInnen und DPs, der die längste Zeit kaum zugänglich war. Maria Neumann und Hansi Kirchknopf reflektieren über den von ihnen organisierten Besuch von vertriebenen ÖsterreicherInnen in Wien, die hier eine Woche lang als ZeitzeugInnen an Schulen ihre Lebensgeschichten erzählten. Diesem kleinen Kreis gehörte Trude Levi an, die ebenfalls einige Zeilen über die Reise beigesteuert hat. Ulrich Kopetzki stellt schließlich die Bibliothèque Medem vor, wo er bis August dieses Jahres einen Gedenkdienst absolvierte.

2008 ist wieder ein „Bedenkjahr“ angesagt: In der medienwirksamen Kategorie „Gedenken ohne Denken“ wird großes Geld ausgeschüttet – siehe *A Letter to the Stars* in einem neuen Aufguss. Erfreulicherweise gewinnt das Murren gegen letzteres Projekt an Lautstärke. Zwar braucht es keine Events, die sich um Medienecho statt um Differenzierung bemühen, ansonsten lässt sich der politische Bedarf an Beschäftigung mit Faschismus und NS-Zeit aber leicht argumentieren. Die Regierung ist da unfreiwillig hilfreich, denn sie legt in manchen Bereichen, leider den falschen, erstaunliches Tempo vor: Beschneidung von demokratischen Rechten (Verlängerung der Legislaturperiode), Ausweitung des Polizei- auf Kosten des Rechtsstaats, menschenverachtende Asylpolitik.

Oliver Kühschelm  
Chefredakteur GEDENKDIENTST

# Das Verbotsgesetz. Heute noch zeitgemäß?

Nachlese zu einer Podiumsdiskussion

Spätestens seit dem Prozess gegen den britischen Revisionisten David Irving ist die politische Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Verbotsgesetzes neu entflammt. Braucht Österreich heute noch ein derartiges Gesetz, um seine Demokratie zu schützen? Am 11. Juni lud Gedenkdienst im Rahmen der Veranstaltungsreihe ‚Geh Denken!‘ zu einer Podiumsdiskussion. Unter der Moderation von Georg Hufgard stellten sich der langjährige wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands Wolfgang Neugebauer sowie der Nationalratsabgeordnete Karl Öllinger von den Grünen den Fragen des Publikums.

Karl Öllinger, Georg Hufgard,  
Wolfgang Neugebauer bei  
der Diskussion über das Verbotsgesetz



## Entwicklung von Gesetzgebung und Rechtsprechung

Am 8. Mai 1945 wurde von der provisorischen Regierung das Verbotsgesetz als wesentlicher Bestandteil der Entnazifizierungspolitik beschlossen und in Verfassungsrang gehoben. In erster Linie sollten dadurch die NSDAP samt ihren Teilorganisationen aufgelöst und in zweiter Linie eine eventuelle Neugründung verhindert werden. Das Gesetz sah bei Verstößen die Todesstrafe als Höchststrafe vor, seit einer Novelle 1950 drohten immer noch 20 Jahre schwere Kerkerhaft.

Schon bald wurde es jedoch um das Verbotsgesetz still – es galt als „totes Recht“. Somit konnte Norbert Burger 1967 getrost die österreichische Nationaldemokratische Partei gründen und, wie zahlreiche andere, daran arbeiten, den Rechtsextremismus wieder zu etablieren. Als Grund für die Nicht-Verfolgung solcher Aktivitäten wurde ins Treffen geführt, dass man durch Verurteilungen Märtyrer schaffen und die rechte Szene in die Illegalität drängen würde, was sie für viele Jugendliche nur noch attraktiver mache.

Den für die heutige Situation grundlegenden Durchbruch im Sinne der antifaschistischen Verfassungsordnung brachte in den 1980er Jahren eine Klage des Verbandes Sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs sowie des Kommunistischen StudentInnenverbandes, nachdem das Wissenschaftsministerium das Antreten von neonazistischen Studierendenorganisationen zur Wahl der Österreichischen HochschülerInnenschaft nicht verhindert hatte. 1985 stellte der Verfassungsgerichtshof fest,

dass es sich beim Verbotsgesetz keineswegs um totes Recht handle, es nicht nur für Strafverfahren Gültigkeit besitze, sondern aufgrund seines hohen Stellenwerts in der Bundesverfassung unmittelbar von allen staatlichen Organen anzuwenden sei. Dennoch konnten Urheber revisionistischer Propaganda weiterhin darauf bauen, dass sie selbst im Fall einer Anzeige von den Geschworenengerichten freigesprochen würden.

## Schärferes Vorgehen in den 1990er Jahren

In den 1990er Jahren veränderte sich die öffentliche Wahrnehmung von Rechtsradikalismus. Das schlug sich in einer Novellierung des Verbotsgesetzes im Jahr 1992 nieder. Einerseits wurden nun zwar die Mindeststrafen herabgesetzt, dafür andererseits der höchst relevante Paragraph 3h eingeführt. Dieser stellt die Relativierung, die Leugnung sowie die Gutheißung der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe.

Die späte Einfügung dieses Paragraphen in das Gesetz führt Wolfgang Neugebauer auf das „Vergessen“ des antifaschistischen Grundkonsenses Ende der 1940er Jahre zurück. Damals wurde das Bild vom antifaschistischen Österreich durch ein Narrativ ersetzt, das Österreich als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus fasste. Zudem bemühten sich die beiden Großparteien heftig, Wählerstimmen aus dem ehemals nationalsozialistischen Lager zu gewinnen. Erst nachdem in den 1980er und 1990er Jahren die „Ehemaligen“ ihr Gewicht als zahlenmäßig relevante Gruppe verloren hatten, konnten sich ÖVP und

SPÖ zur Erweiterung des Verbotsgesetzes durchringen. Die geschärfte öffentliche Wahrnehmung in Verein mit der neuen Gesetzeslage führte in den 1990er Jahren kurzzeitig zu einer Zerschlagung der österreichischen neonazistischen Szene. Auch Rechtsextreme aus dem Ausland, die sich zuvor häufig in Österreich aufgehalten hatten, mieden nun das Land.

## Rückschläge in jüngster Zeit

In den letzten Jahren hat das Vorgehen gegen den Rechtsradikalismus jedoch an Schwung verloren. Die FPÖ konnte ab 2000 als Regierungspartei Personen an ihrem rechten Rand in politische Institutionen integrieren. Auffällig ist, dass nun nicht einmal mehr eindeutig rechts stehende Burschenschaften wie die schlagende „Olympia“ beobachtet werden. Während der schwarz-blauen Koalition fiel es der rechten Szene insgesamt nicht schwer sich neu zu formieren.

Dennoch wurde der aufsehenerregendste Prozess in Bezug auf das Verbotsgesetz in Zeiten der schwarz-blauen Koalition geführt: Bereits 1989 war ein Haftbefehl gegen den bekannten Holocaust-Leugner David Irving erlassen worden, dem sich dieser aber durch seine Ausreise entzogen hatte. Erst bei seinem nächsten Österreich-Aufenthalt im Jahr 2005 wurde Irving verhaftet. Die in- und ausländischen Medien nahmen den Prozess und die anschließende Verurteilung als Anstoß für eine neuerliche Debatte über den Sinn und Zweck des Verbotsgesetzes.

Betrachtet man die lange Zeit, die zwischen der Ausstellung des Haftbefehls

und der tatsächlichen Verhaftung Irvings liegt, stellt sich die Frage, ob nicht EU-weit gültige Gesetze für die Regelung von Delikten, die das Verbotsgesetz betreffen, sinnvoll wären. Neugebauer wies jedoch in der Veranstaltung von Gedenkdienst darauf hin, dass es kaum gelingen würde, alle Mitgliedstaaten zur Unterstützung eines solchen Gesetzes zu bewegen und dass eine solche Initiative außerdem neue Mitgliedstaaten aus Osteuropa dazu anregen könnte, diesselbe Vorgangsweise in Bezug auf den Kommunismus zu verlangen. Auch Öllinger meinte, dass derartige Meinungsparagraphen nur regional, in Bezug auf die jeweilige Vergangenheit dieser Länder, sinnvoll sind.

Neugebauer und Öllinger unterstrichen, dass sie im Verbotsgesetz einen unerlässlichen Garanten für politischen Frieden und ein gerechteres Österreich sehen, selbst wenn es sich aus US-amerikanischer oder britischer Perspektive als unzulässige Einschränkung der Meinungsfreiheit darstellen mag. Neugebauer betonte, dass dank des Verbotsgesetzes das Recht auf Seiten der Antifaschisten und Demokraten sei, seine Abschaffung ihrer Verdrängung in die Illegalität gleichkäme. Öllinger wiederum hob die Wichtigkeit der Aufklärung an den Schulen und Universitäten hervor, aber auch die Arbeit der zahlreichen NGOs, die der „rechten Ecke“ das Leben schwer machen.

Markus Rief,  
ehemaliger Gedenkdienstleistender in Prag

## Die Vergangenheitspolitik des BSA

Nachlese zu einem  
Vortrag von Georg Appl

Georg  
Appl und  
Moderator  
Dieter Hecht  
beim Vortrag  
über den  
BSA



Am 14. März 2007 sprach im Rahmen eines von Gedenkdiens organisiertem Vortrags Georg Appl, Generalsekretär des Bunds Sozialistischer Akademiker (BSA), zur „Vergangenheitspolitik politischer Bewegungen. Das Beispiel BSA“.

Der Bund Sozialistischer Akademiker (BSA) wurde 1946 als Vorfeldorganisation der SPÖ gegründet. Die Ausgangslage für die Mitgliederrekrutierung war schwierig: aufgrund der zwölf Jahre, welche die Sozialdemokratie in der Illegalität hatte verbringen müssen, und wegen der vielen emigrierten oder auch ermordeten AkademikerInnen. Initiativen zur Rückholung der Vertriebenen setzte man keine, sondern entschied sich für einen anderen Weg: 700.000 bis 800.000 ehemalige Mitglieder der NSDAP, darunter nicht wenige Akademiker/-innen, warteten auf ihre Reintegration in Staat und Gesellschaft. Dieses Potential wollte man nicht dem politischen Gegner überlassen.

Zum öffentlichen Thema wurde die Großzügigkeit des BSA gegenüber „Ehemaligen“ erst mit dem Fall des Psychiaters und Neurologen Heinrich Gross, der im Tötungspavillon der Spiegelgrund-Klinik sein Unwesen getrieben hatte. Der BSA machte trotz der klaren Faktenlage lange Zeit keine Anstalten, Gross auszuschließen.

Somit galt der BSA allmählich als Verein, „der nichts anderes tut als Nazis zu verstecken“. Diese Wahrnehmung erschwerte es zusehends politische Anliegen zu vertreten. Ab 2001 wurde im Verein diskutiert, die Aufarbeitung der Vergangenheit offensiv anzugehen. Die Gegner des Vorhabens sahen darin primär politische Munition für den politischen Gegner – die ÖVP hat sich ja bis heute ihren braunen Flecken nicht gestellt. Im BSA behielten die Befürworter einer Aufarbeitung die Oberhand und man einigte sich darauf, diese im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung durchführen zu lassen.

2005 wurde das Buch *Der Wille zum aufrechten Gang* publiziert. Das mediale Aufsehen, das „plötzliche im Blitzlichtgewitter Stehen“ beunruhigte viele Mitglieder des BSA. Hannes Androsch bezog öffentlich gegen das Projekt der Aufarbeitung Stellung, Leopold Gratz war deswegen aus dem BSA ausgetreten. Eine Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Mut zu Mut und Dummheit“ sollte den Mitgliedern die Notwendigkeit nochmals nahe bringen, sich der Vergangenheit zu stellen. Appl zieht eine positive Bilanz: Die Mehrheit der Mitglieder habe die offensive Linie letztlich mitgetragen, lediglich acht Personen hätten dezidiert als Gegner der Aufarbeitung den Verein verlassen.

Markus Rief

# Verstörung und Aneignung

Anmerkungen zu einem regionalgeschichtlichen Buch ein halbes Jahr nach dessen Erscheinen.

*Als im Gedenk- und Bedenkjahr 1988 die Regionalzeitung „Unterkrätner Nachrichten“ Zeitzeugen suchte, die über den „Anschluß“ und die NS-Zeit im Krätner Lavanttal berichten sollten, winkten alle angefragten Personen ab: Es sei zu „heikel“ über diese Zeit zu berichten war der allgemeine Tenor und mit wenigen Ausnahmen blieb es bis heute dabei.*

Im Rahmen von *Geh denken!* hielt Christian Klösch am 11. April 2007 einen Vortrag über die Juliputschisten im Lavanttal

### Von der „Verstörung“...

Kein Wunder, dass ich als Jugendlicher keine Ahnung von den zeitgeschichtlichen Vorgängen im Lavanttal während und vor der Zeit des Nationalsozialismus hatte: Weder in der Schule noch im Familien- oder im Bekanntenkreis waren sie Thema. Es dauerte fast zehn Jahre, in denen ich mich als Historiker mit der Emigration und dem Nationalsozialismus beschäftigte, bis ich mich schließlich für meine Dissertation der regionalen Zeitgeschichte zuwandte. Am Beginn der Auseinandersetzung standen „Verstörungen“ meines Geschichts- und „Heimat“-Bildes. So überraschte mich noch während meines Gedenkdiens in den USA ein Mitarbeiter des US Holocaust Memorial Museums in Washington DC durch Kenntnisse über meine Heimatstadt Wolfsberg und die Biografie des Eichmann-Gehilfen Franz Novak, eines gebürtigen Wolfsbergers, der sich auch bewaffnet am Juliputsch beteiligt hatte.

Werner Hanak, Kurator am Jüdischen Museum Wien, „verstörte“ die ehemaligen „New Yorker“ Gedenkdiensleistenden anlässlich der Vorarbeiten zur Ausstellung „Vom Großvater vertrieben. Vom Enkel erforscht. Zivildienst in New York“ im Jahr 2002 mit Fragen wie: „Warum fliegt ihr tausende von Kilometer nach Amerika um jüdische Vertriebene als Zeitzeugen über die NS-Zeit zu interviewen? Warum fragt ihr nicht in euren eigenen Familien nach, was und wie es damals geschehen ist? Ist es leichter sich mit den ‚Opfern‘ als mit den ‚Tätern‘ auseinanderzusetzen?“

In der Retrospektive waren diese „Verstörungen“ notwendige Zwischenschritte dafür, sich mit der Zeitgeschichte der engeren Umgebung zu beschäftigen. Jahre später – nachdem die Arbeit an Dissertation und Buch bereits abgeschlossen war – fand ich in Thomas Bernhards

Roman „Auslöschung“ so etwas wie die programmatische Grundlage meiner Arbeit: „Wir haben“, lässt Bernhard den Erzähler resümieren, „zweifellos und tatsächlich einen großen Bericht abzugeben von dem, woraus wir schließlich entstanden und gemacht und von welchem wir die ganze Zeit unserer Existenz geprägt sind. Wir können viele Jahre davor zurückschrecken und wie vor nichts vor einer solchen ja beinahe übermenschlichen Anstrengung zurückscheuen, aber wir haben sie schließlich und endlich anzugehen und auszuführen.“

### ... zur „Aneignung“

Im Gegensatz zu Bernhard – Jahrgang 1931 –, der selbst als Jugendlicher die NS-Zeit „erlebt“ und „erlitten“ hatte, von diesem System geprägt und sozialisiert wurde, ist mein Bericht keine „Auslöschung“ sondern eine „Aneignung“. Als Nachgeborener der NS-Zeit trieb mich nicht das Bedürfnis an, die NS-Zeit durch einen Bericht auslöschen, sondern ich wollte mir das „Vergessene“, über das nicht gesprochen wurde (oder gesprochen werden konnte), aneignen, um die spürbare Lücke in der kollektiven Überlieferung zu füllen.

Diese „andere Geschichte“ aufzuspüren und zu erzählen konnte aber erst gelingen, nachdem jene Personen gestorben waren, die als Angehörige der regionalen Eliten ab den 1930er und 1940er Jahren die Lavanttaler Gesellschaft geprägt hatten. Zum einen hatte das praktische Gründe, da die Akteneinsicht erst jetzt möglich war, zum anderen schwand



mit dem Tod der Protagonisten auch ihre frühere „Deutungshoheit“ über die regionale Geschichte, die das private und auch öffentliche Sprechen über diese Zeit prägte.

Die Berichterstattung über das Buch konzentrierte sich in den regionalen Medien auf die „vielen Namen bekannter Lavanttaler Familien“. Tatsächlich war es mir wichtig viele Namen zu nennen, nicht aus Lust an der Denunziation, sondern um zu zeigen, dass der Nationalsozialismus nicht eine Ideologie war, die von einigen wenigen „Verführern“ vertreten wurde, sondern bereits um 1934 – also Jahre vor dem „Anschluß“ – mitten in

**Fortsetzung auf Seite 4**

Sichtbar-  
machen von  
Geschichte?  
Das 1934  
errichtete  
Juliputsch-  
Denkmal am  
Wolfsberger  
Friedhof 2004  
...

### Christian Klösch: Des Führers heimliche Vasallen (Wien 2007)

Das Buch beschäftigt sich mit den Ereignissen des Juliputsches von 1934 im Lavanttal, mit dem Aufstieg der NSDAP in Unterkärnten und der Lebensgeschichten der führenden Putschisten bis in die 1990er Jahre.

Damals, im Juli 1934 konnten an die 1.300 NS-Putschisten sich mehrere Tage lang gegen die Staatsmacht in blutigen Kämpfen behaupten, bevor mehrere Hundert von ihnen über die Grenze nach Jugoslawien und weiter ins „Dritte Reich“ flüchteten. Diese viertägige Episode hatte tiefgehende Folgen für das Zusammenleben der Bevölkerung. Während die Putschisten und deren Angehörigen vom austrofaschistischen Regime zunächst schwer bestraft wurden, wendete sich das Blatt ab 1938: Nun nahmen die heimgekehrten Putschisten an

den früheren Funktionären des Austrofaschismus Rache. In der NS-Zeit wurden die lokalen NS-Funktionäre nicht müde immer wieder zu betonen, dass das Lavanttal bereits 1934 für den „Führer“ eingestanden war.

Nachdem in den Volksgerichtsprozessen nach 1945 der Putsch ein letztes Mal in ca. 120 Verfahren aufgerollt wurde, geriet das Ereignis ab den 1950er Jahren in Vergessenheit. Öffentlich wurde darüber geschwiegen und nur ab und zu wurde das Ereignis von Heimatforschern sehr global thematisiert.





... und  
sein Zustand  
im Jahr 2007.

### Fortsetzung von Seite 3

der Gesellschaft angekommen war und auch nach 1945 von vielen „heimlich“ weiterhin vertreten wurde.

### „Wer immer wegschaut...“

Christian Wetternig von der „Kleinen Zeitung“ beschäftigte sich in einem Kommentar damit: „Keine Hatz, sondern Aufzeigen von Geschichte. So sollte man das Buch sehen. Wer immer wegschaut, der wird nichts erkennen.“ Auch die „Unterkärntner Nachrichten“ beschäftigten sich ausführlich mit dem Buch, obwohl – oder vielleicht auch weil – die Zeitung wegen ihrer nationalsozialistischen Orientierung häufig erwähnt wird. Ihr damaliger Inhaber Ernst Ploetz war SS-Obersturmführer und Kärntner Gaupresseamtsleiter, Franz Novak ein Mitarbeiter und Freund. Der Chefredakteur der „Unterkärntner Nachrichten“ Wolfgang Poms bekam vom jetzigen Inhaber des Verlagshauses und Enkel von Ploetz „freie Hand“ für die Berichterstattung. Das illustriert wohl auch die veränderte Blattlinie der „Unterkärntner Nachrichten“, die in den 1970er und 1980er Jahren noch als Sprachrohr der Kriegsgeneration fungierte.

Die Buchpräsentation, die im Juni 2007 in Wolfsberg stattfand, wurde von der Stadtgemeinde auf Vermittlung der Druckerei Theiss organisiert. Die „Unterkärntner Nachrichten“ schrieben: „Welch großes Interesse an diesem Thema – über das im Tal gerne geschwiegen wird – herrscht, wurde bei der Buchpräsentation im vollen Rathausfestsaal deutlich. Die anschließende Diskussion verlief relativ emotionslos und sehr sachlich.“

Tatsächlich verlief die Diskussion überraschend ruhig, vielleicht auch weil – wie ein Besucher später bemerkte – viele der im Buch erwähnten Familien bzw. deren Angehörige fehlten. Zu Wort meldeten sich der frühere FPÖ-Bezirksobmann und Nationalratsabgeordnete Günter Schönhart und der frühere SPÖ-Staatsekretär für Landwirtschaft in der Regierung Kreisky Albin Schober. Schönhart versuchte den Zulauf zum Nationalsozialismus in den 1930er Jahren mit der wirtschaftlichen Not zu erklären und Schober zitierte aus dem Buch des amerikanischen Historikers John Toland aus 1976, wonach Hitler, falls er 1937 gestorben wäre, wohl als einer der „größten

Deutschen“ in die Geschichte eingegangen wäre. Wie, so fragte Schober, hätten dann die einfachen Menschen im Lavanttal zum damaligen Zeitpunkt erkennen können, was sich aus dem NS-Regime entwickeln würde?

### „... der wird nichts erkennen“

Schober und Schönhart repräsentierten mit ihren Kommentaren den eingeübten Umgang der politischen Parteien der Zweiten Republik mit der NS-Zeit. Inhaltlich war und ist die Aussage des ehemaligen SPÖ Staatsekretärs unhaltbar: Die ersten Konzentrationslager, in denen Regimegegner (Katholiken, Kommunisten und auch Sozialdemokraten) interniert und gefoltert wurden, entstanden 1933; die Nürnberger Rassengesetze wurden 1935 verabschiedet. Über all diese Dinge konnte man/frau sich im Österreich der 1930er Jahre sehr wohl informieren.

Im persönlichen Gespräch beurteilten viele LeserInnen das Buch trotz der Thematik als „unaufgeregt“. Dies war Absicht. Als Historiker wollte ich weder in die Rolle eines „Staatsanwalts“ schlüpfen (der Personen anklagt), noch in die des Richters (der sie aburteilt) oder eines Geistlichen (der Absolutionen erteilt). Ich sehe mich aber auch nicht als Chronist, der die Geschehnisse nur wiedergibt, sondern als Rekonstrukteur einer aus unterschiedlichen Gründen in Vergessenheit geratenen Geschichte.

Die Buchpräsentation in Wolfsberg bildete den Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema. Weder in der „Kleinen Zeitung“ noch in den „Unterkärntner Nachrichten“ erschienen Leserbriefe zum Buch. Aber die Diskussion schien sich auf die Stammtische und in den privaten Bereich zu verlagern. Zumindest gewann ich diesen Eindruck von den Rückmeldungen, die mich erreichten. Aber vielleicht ist es auch ganz anders und das Buch fand wegen seiner „Objektivität“ sogar das Gefallen der „Ehemaligen“: Amazon-Kunden, die das Buch kauften, erwarben auch von Hans-Ulrich Rudel „Mein Kriegstagebuch“ oder von Otto Skorzeny „Meine Kommandounternehmen. Krieg ohne Fronten“...

Christian Klösch,  
Zeithistoriker

## Jüdisches Leben in Wien nach 1945

Zusammenfassung eines Vortrags von Raimund Fastenbauer



Wie sieht das jüdische Leben Wiens nach dem Zivilisationsbruch der Shoa aus? Welche Entwicklungen haben sich in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) seit 1945 ergeben? Der Generalsekretär der IKG für „jüdische Angelegenheiten“, Mag. Raimund Fastenbauer, sprach am 16. Mai im Rahmen von *Geh Denken!* zu diesem Thema.

### Geschichte der IKG Wien nach 1945

1945 wurde die IKG von den wenigen noch in Österreich lebenden Juden und Jüdinnen neu gegründet. Dass die Politik der wiedererstandenen Republik dem jüdischen Leben Wiens keine Beachtung schenkte, war nur eines von vielen Problemen, mit denen die durch die Shoa so drastisch geschrumpfte Gemeinde zu kämpfen hatte. Einen tiefen Keil zwischen die IKG und die Staatsspitze schob insbesondere die Frage der Restitution von „arisierten“ Wohnungen und ehemals jüdischem Eigentum.

Angesichts eines weiterhin stark antisemitischen Umfelds war die IKG überzeugt, dass ihr Nachwuchs sukzessive nach Israel auswandern würde und sich somit einem jüdischen Gemeindeleben in Österreich keine längerfristige Perspektive bot. Eine erste Einwanderungswelle zeichnete die IKG 1956, da infolge des Ungarn-Aufstandes systemkritische Juden und Jüdinnen nach Österreich flohen. Zuwanderung in größerem Ausmaß brachte auch das Jahr 1967, als die polnische KP – im weltpolitischen Kontext des Sechs-Tage-Kriegs – eine vehement antisemitische Linie einschlug.

Die Ära Kreisky war für die Kultusgemeinde eine stürmische Zeit. Man war schockiert, dass Bruno Kreisky, selbst jüdischer Herkunft, mit der FPÖ unter dem früheren SS-Obersturmbannführer Friedrich Peter kooperierte und ehemalige Nationalsozialisten in seine Regierung aufnahm und dass er zudem die PLO salonfähig machte. Die Ausfälle Kreiskys gegen Simon Wiesent-

hal, der die SS-Vergangenheit Peters thematisiert hatte, führten innerhalb der IKG zu einer ideologischen Umorientierung. 1981 verlor der SPÖ-nahe „Bund werktätiger Juden“ bei den IKG-Wahlen seine bisherige dominierende Stellung.

### Von der Affäre Waldheim zur Gegenwart

Für die Beziehungen zum österreichischen Staat war die Causa Waldheim entscheidend, die eine nachhaltige Entlegitimierung des österreichischen Opfermythos brachte. Die positive Entwicklung wurde durch den Aufstieg der FPÖ konterkariert, die in der „politischen Wende“ des Jahres 2000 gipfelte; für die IKG ein Tiefschlag, auch wenn die unter starkem internationalem Druck stehende schwarzblaue Regierung auf die vielen offenen Fragen rund um die Eigentumsverluste von NS-Opfern mit dem Entschädigungsfondsgesetz reagierte. Die Regierung ging davon aus, dass sich die Entschädigungen auf zehn Prozent des geraubten Vermögens belaufen würden. Laut Schätzungen der IKG handelt es sich freilich nur um drei bis fünf Prozent.

In der Gegenwart scheint Fastenbauer insbesondere die Haltung der Öffentlichkeit zu Israel bedenklich, in der sich ein sekundärer Antisemitismus manifestiere. Seit Auschwitz sei es nicht mehr möglich einen „schönen, gewöhnlichen Antisemitismus“ wie in den 1930er Jahren an den Tag zu legen. Der Antisemitismus sucht sich neue Ventile, darunter maßgeblich die überzogene Israelkritik.

Derzeit verfügt die Kultusgemeinde über ca. 7000 eingeschriebene Mitglieder. Das religiöse Spektrum reicht von Orthodoxen bis hin zu Agnostikern. Auf den Mitgliederstand wirkte sich die Zuwanderung aus ehemaligen Sowjetrepubliken sehr positiv aus – die immer restriktivere Einwanderungspolitik zeitigt umgekehrt auch hier problematische Folgen.

Markus Rief

Raimund  
Fastenbauer,  
General-  
sekretär der  
IKG Wien

# „Diese Informationen gehören uns“

## Öffnung des bedeutendsten Archivs zur NS-Zeit nach 60 Jahren



ITS-Archiv in Bad Arolsen: Mehr als 25.100 Laufmeter Akten über die Gräueltaten des NS-Regimes

Die Erinnerung lebt. Noch. Erinnerung an das Leid und die Verfolgung von Millionen Menschen und Erinnerung an diejenigen, die der Todesmaschinerie des NS-Regimes nicht entkommen konnten. Sie lebt, weil es heute noch Menschen gibt, die davon erzählen können und dies auch tun. Seit 60 Jahren wird versucht, diese Menschen zu würdigen, zu entschädigen und ihrer Angehörigen zu gedenken. Und während dies geschah, Namen in Stein gemeißelt und Gedenkstätten errichtet wurden, blieb eine Stätte der Erinnerung für die Öffentlichkeit verschlossen – und ist es bis heute. Das Archiv des ITS (*International Tracing Service* od. Internationaler Suchdienst) in Bad Arolsen: 35 - 50 Millionen Seiten Archivmaterial mit Informationen zu 17,5 Millionen KZ-Häftlingen, ZwangsarbeiterInnen, und „Displaced Persons“. Jetzt, nach sechs Jahrzehnten und nachdem die meisten Holocaust-Überlebenden verstorben sind, wurde das Archiv geöffnet.

### Aktenberge hinter Verschluss

Der *International Tracing Service* ging hervor aus einem Suchbüro, das die Alliierten 1943 unter dem Britischen Roten Kreuz in London eingerichtet hatten und wurde 1947 nach Bad Arolsen in Deutschland verlegt. Das Rote Kreuz in Genf leitet und verwaltet den ITS auch heute noch. Die Entscheidungsgewalt über den Suchdienst – und damit auch über all die Akten – hat allerdings ein undurchschaubarer internationaler Ausschuss, bestehend aus elf Ländern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Israel, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen und den USA. Vertreter aus den Mitgliedsstaaten dieses Ausschusses trafen sich seit seiner Gründung im Jahre 1955 alljährlich, um unter anderem über Öffnung oder Nichtöffnung des Archivs abzustimmen. Allerdings ist die Diskussion darüber erst in den letzten Jahren, aufgrund massiven Drucks von außen, wirklich entflammt. Ein Aufschrei von Überlebenden und Historikern, die Akten endlich publik zu machen, wurde unterstützt vom *US Holocaust Memorial Museum* in Washington, DC, wie mir der Leiter des *Center for Advanced Holocaust Studies* des Museums, Paul

Shapiro, berichtet: „Weder seitens des Internationalen Ausschusses noch seiner Mitgliedsländer wurde der Öffnung des Archivs kontinuierliche Beachtung beigemessen. Das Museum sorgte für diese Aufmerksamkeit“

Vor einem Jahr stimmte Deutschland einer Freigabe der Akten zu. Mitte Mai diesen Jahres, bei einem weiteren Treffen des Internationalen Ausschusses in Amsterdam, einigte man sich darauf, dass mit dem Transfer der digitalisierten Dokumente begonnen werden darf, auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Länder zugestimmt hatten. Dazu kam es erst vor wenigen Wochen, als das letzte der 11 Länder im ITS-Ausschuss, Griechenland, den Vertrag ratifizierte. Bereits im August hatten die Gedenkstätte Yad Vashem und das US Holocaust Memorial Museum die enormen Datenmengen aus Arolsen erhalten. „Das Archiv ist so gewaltig, es wird Tage dauern es auf unsere Computer zu transferieren“, so Paul Shapiro bei der Übernahme der Datenträger. Dies war jedoch nur der Startschuss für einen langen Prozess des Katalogisierens und Einordnens der Informationen. „Die Herausforderung wird sein, die Dokumente so zu organisieren, dass die Menschen finden können, was sie wollen und brauchen“.

Der erste Schritt war die Übersetzung des ITS-Benutzerindex ins Englische, womit meine deutschsprachigen Kollegen am Museum und ich einige Wochen lang beschäftigt waren. Mithilfe dieses Inventars können Interessierte schon jetzt – durch Abfrage auf [www.ushmm.org](http://www.ushmm.org) – herausfinden, was in den 21.000 einzelnen Sammlungen des ITS zu finden ist. Der Index enthält Beschreibungen sowie Informationen zu Herkunft und Entstehungsdatum der Dokumente.

### Die (Un)Tiefen einer Dokumentensammlung

Einiges von dem, was bis dato in Bad Arolsen Staub Staub ansetzte, könnte durchaus neue historische Erkenntnisse ans Tageslicht bringen. Dies ist mit ein Grund warum sechs Jahrzehnte bis zur Öffnung des Archivs vergehen mussten. Die Dokumente enthalten sehr persönliche Informationen zum Leben und Schicksal einzelner Häftlinge oder

ZwangsarbeiterInnen, die nicht einfach freigegeben werden dürfen, so wurde seitens des Internationalen Ausschusses argumentiert. In der Tat, die Aufzeichnungen der Täter über ihre Opfer sind peinlich genau. Eine Grenze zwischen „historisch wertvollen“ und persönlichen Informationen lässt sich nur schwer ziehen. Dass die Dokumente im ITS-Archiv für die historische Forschung früher oder später unerlässlich sein werden, ist aber keine Frage. Schließlich beherbergt dieses Archiv die weltweit größte Dokumentensammlung zum nationalsozialistischen Lagersystem und weitere Unterlagen, die tiefe Einblicke in den NS-Unrechtsstaat liefern und der Forschung bislang verborgen geblieben sind.

Den Großteil des Archivbestandes formen Dokumente, die unmittelbar nach der Befreiung von den Alliierten sichergestellt und in dem kleinen hessischen Städtchen verstaut wurden. „Unangenehmes Material wurde nach Bad Arolsen gebracht, in der Hoffnung, dass es dort für einige Jahrzehnte verschwinden würde“, beschreibt Paul Shapiro die politischen Motive, die in der Folge auch eine frühe Öffnung des Archivs verhinderten. Neben Häftlings- und Transportlisten aus den Konzentrationslagern und den großen Ghettos, umfangreichen Aufzeichnungen über Zwangsarbeit im Dritten Reich und Unterlagen aus den vielen „Displaced Persons-Camps“ werden in den Akten auch zahlreiche Firmen genannt, die Zwangsarbeiter beschäftigten. Überlebende – bitte warten

### Humanitäres Mandat, aber ohne Ressourcen

Den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Hinterbliebenen zu dienen, oder wie es offiziell heißt, „das humanitäre Mandat zu erfüllen“ ist Hauptaufgabe des *International Tracing Service*. Freilich gibt es die Möglichkeit, an den ITS eine Anfrage zum Schicksal seiner Familienmitglieder zu richten – und früher oder später würde man auch eine Rückantwort aus Bad Arolsen erhalten – aber diese lässt in den meisten Fällen lange auf sich warten und fällt in der Regel recht dürftig aus. Der Suchdienst ist die erste Anlaufstelle für derartige Anfragen, denn die s.g. „zentrale Namenskartei“ enthält 47 Millionen Indexkarten, mit Hinweisen auf 17,5 Millionen Menschen! Die Ressourcen jedoch haben nicht ausgereicht, diese Flut an Anträgen zu beantworten. Im Jahr 2004 gab es einen „Rückstau“ von 500.000 Anfragen, d.h. eine halbe Million Menschen wartete damals auf eine Antwort vom ITS.

Die Lösung für dieses Problem ist, das Material auch an anderen Organisationen zugänglich zu machen. Der Transfer des digitalen Archivmaterials ist nun zwar schon erfolgt, doch verstehen momentan nur wenige Menschen die komplexe Zusammensetzung dieser Samm-

lung. Die Dokumente aus Bad Arolsen haben den Archivbestand des USHMM in Washington verdoppelt – das Katalogisieren wird Monate dauern und das Museum vor große technische und organisatorische Herausforderungen stellen.



### Die Zeit drängt

Es ist fast ironisch, dass zu einer Zeit, wo der blanke Zufall über Leben und Tod von Menschen entschied, von den Peinigen derartig detaillierte Aufzeichnungen geführt wurden. Es ist diese Dokumentation der Einzelschicksale, die dem Archiv seine Wichtigkeit verleiht. Miki Schwartz ist einer der ersten drei Holocaust-Überlebenden, die im Rahmen der US-Fernsehsendung „60 Minutes“ das Archiv in Bad Arolsen betraten. Dort fand Schwartz zahlreiche Dokumente, die seinen Namen trugen. Darunter eine Transportliste von Häftlingen, die von Buchenwald nach Dora überstellt wurden. „Die Geschichte von Dora ist, dass dort kaum jemand überlebte“, meint der US-Fernsehmoderator zu Schwartz. „Sehen Sie Ihren Namen? Er ist auf der Transportliste zu diesem Lager. Und es geht eine gerade Linie mitten durch. Man hat Sie von der Liste gestrichen. Wussten Sie, dass Sie nach Dora gebracht werden sollten?“ „Nein, nie, nie.“, sagt Schwartz. „Jetzt gerade bin ich verängstigt. Ich erinnere mich zurück an diesen 14-jährigen Jungen, der umgebracht hätte werden sollen. Ich weiß nicht warum.“

Die Zeit drängt. Viele Überlebende, die nach wie vor nicht wissen, was mit ihren Angehörigen geschehen ist – oder welche Umstände Ihnen selbst das Leben gerettet haben, sind im hohen Alter. „Welche Rechtfertigung kann es geben, dass man uns davon abhält, zu lernen, was mit unseren Familien während des Holocausts passiert ist?“, fragt der österreichische Emigrant Leo Rechter, heute Präsident der *National Association of Jewish Child Holocaust Survivors*. „Diese Informationen gehören wirklich uns, sie sind über unsere Leben!“ Erst jetzt, nach 60 Jahren, hat man diesen Aufruf erhört. Es ist ein Ruf danach, nicht zu vergessen und nicht vergessen zu werden. Für die meisten Überlebenden ist dies die größte Furcht, dass sich nach ihrem Ableben keiner an ihre Geschichte oder den Leidensweg ihrer Familienmitglieder erinnern wird. Die Öffnung des Archivs des International Tracing Service – für sie ist es eine Versicherung gegen das Vergessen.

Harald Edinger

Gedenkdienstleister in Washington DC, 2006/07

Identifikationskarte einer „Displaced person“. In Arolsen lagern Informationen zu über 17 Millionen Häftlingen, ZwangsarbeiterInnen und DP's

# Renaissance des Jiddischen. Maison de la culture Yiddish - Bibliothèque Medem

## Juden in Frankreich

Liberté, Égalité, Fraternité. In Erinnerung an den Wahlspruch der französischen Revolution stand Frankreich seit jeher für viele als Symbol für Freiheit und Menschenrechte. Schon seit Napoleons Zeiten gab es dort eine rege jüdische Gemeinde. In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg verzeichnete sie einen starken Zuwachs an jüdischen Einwanderern, die sich in Frankreich Zuflucht vor den Nationalsozialisten erhofften.

1933 öffnete Frankreich großzügig die Grenzen für die erste Flüchtlingswelle in der Erwartung, dass die meisten Flüchtlinge nur vorübergehend bleiben würden. Doch schon bald sahen sich die Franzosen mit der großen Zahl der vorwiegend jüdischen Emigranten, die keineswegs beabsichtigten weiter zu ziehen, sondern sich viel mehr in Frankreich niederlassen wollten, heillos überfordert.

Die Einreisebestimmungen wurden daher etappenweise verschärft und der Einwanderung hohe bürokratische Hürden entgegen gestellt. Nichtsdestotrotz gelangten auch weiterhin tausende jüdische Flüchtlinge ins Land. Zu Kriegsbeginn lebten rund 300.000 Juden in Frankreich. Ein Drittel von ihnen überlebte den Holocaust nicht, sondern fiel der Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten zum Opfer. In den Jahren nach Ende des zweiten Weltkriegs ließen sich rund 80.000 Juden, vor allem aus Mittel- und Osteuropa, in Frankreich nieder. Der Grundstein für eine Renaissance der jiddischen Kultur im Land war somit gelegt.

## Geschichte de Maison der la culture Yiddish - Bibliothèque Medem

Im Jahre 1922 finden sich jüdische Immigranten aus verschiedenen politischen Richtungen, vorwiegend aber Kommunisten und Bundisten, zusammen, um die *Kultur-lige* zu gründen – eine Vereinigung von Personen, die sich der jiddischen

Kultur verbunden fühlen. Im Rahmen der Vereinigung wird auch eine kleine Bibliothek eingerichtet und unterhalten.

Als drei Jahre nach der Gründung die Kommunisten die Kontrolle über die *Kultur-lige* übernehmen, gründen die Bundisten ihre eigene Organisation: den Arbeiterklub Vladimir Medem, auch *Medem-farband*, benannt nach dem Leiter des jüdisch-sozialistischen Bundes in Polen und Russland. Im Februar 1929 gründen acht junge osteuropäische Einwanderer, Mitglieder des *Medem-farband*, eine neue Bibliothek, mit der sie sich im dritten Pariser Arrondissement ansiedeln: die *Nomberg-bibliotek baym Medem-farband*. 1932 wird schließlich in Paris von Aktivisten des Bundes der *Cercle Amical-Arbeter Ring* gegründet. Dieser organisiert auch kulturelle, vorwiegend allerdings politische Veranstaltungen, und unterhält ebenfalls eine kleine Bibliothek.

Nach der Besetzung von Paris im Juni 1940 und der Einführung des Judenstatus durch das Vichy-Regime im Oktober 1940, legt der *Arbeter-ring* sein Hauptaugenmerk auf rasche und unprätentiöse Hilfe. So bietet er beispielsweise in seinen Räumlichkeiten kostenlos warme Mahlzeiten an und unterstützt bei der Bewältigung von Behördenformalitäten. Mit den Judenrazzien in Paris im Juli 1942 verlassen zahlreiche jüdische Immigranten die Stadt.

Im August 1942 durchsuchen Gestapo-Beamte den Sitz des *Arbeter-ring*. Im Bibliothekszimmer verstecken Konservendosen die Bücherregale und die Beamten kündigen an, ihre Durchsuchung am nächsten Tag fortzusetzen. In der darauf folgenden Nacht gelingt es den verbliebenen Mitarbeitern, die Bücher in den Keller des Hauses zu schaffen. Rund 3000 Werke können auf diese Weise gerettet werden.

Die Bibliothek des *Arbeter-ring* wird im Oktober 1944 wiedereröffnet. Zwei ihrer Gründer sind im Zuge ihrer Deportation getötet worden. Der *Medem-farband* existiert nicht mehr. Es bleibt der *Arbeter-ring*, der die Büchersammlung des *Me-*



*dem-farband* übernimmt. Die Bibliothek nennt sich nun *Medem-bibliotek baym Arbeter-ring*, kurz *Bibliothèque Medem*.

In den Jahren nach dem Krieg gelangen zahlreiche Juden, vor allem aus Osteuropa, nach Frankreich. Einige lassen sich hier nieder, für andere ist es eine Etappe auf dem Weg nach Amerika oder Israel. Das jiddische kulturelle Leben im Land ist daher so lebendig wie nie zuvor.

Die 1970er Jahre markieren eine Übergangszeit in der Geschichte der *Bibliothèque Medem* und des *Arbeter-ring*. Im Laufe der Jahre sinkt die Leserschaft kontinuierlich, immer weniger Menschen ist die jiddische Sprache zugänglich. Das Interesse der nächsten Generation an der Sprache und Kultur ihrer Eltern ist jedoch vorhanden und so beginnt man, erste Jiddischkurse anzubieten.

Die rasch steigenden Buchbestände und die wachsende Nachfrage nach kulturellen Angeboten führen 1981 dazu, dass sich die kulturelle Sparte vom vorwiegend politisch orientierten *Cercle Amical-Arbeter Ring* abspalte und eine eigenständige Organisation bildet: *l'Association pour l'Etude et la Diffusion de la Culture Yiddish* (AEDCY). Diese kann sich nun, unter einem erheblichen unternehmerischen Risiko, voll und ganz der Förderung der jüdischen Kultur widmen. Es werden Konzerte, Vorträge und Jiddischkurse organisiert, das Angebot wird ständig erweitert und ausgebaut.

Im Jahr 2002 gründen AEDCY und *Bibliothèque Medem* die *Maison de la culture Yiddish*, ein Jahr später vereinigen sich AEDCY und *Bibliothèque Medem* schließlich zu einer gemeinsamen Organisation: der heutigen *La Maison de la culture Yiddish - Bibliothèque Medem*.

## Die Maison de la culture Yiddish - Bibliothèque Medem heute

Deklariertes Ziel der *Maison de la culture Yiddish* ist die Pflege und Erhaltung des jüdischen Kulturgutes. Durch Aktivi-

täten und Veranstaltungen will sie die jüdische Kultur einem breiteren Publikum in Frankreich bekannt machen. Neben der rund 30.000 Bücher umfassenden Bibliothek unterhält die *Maison de la culture Yiddish - Bibliothèque Medem* auch eine Mediathek, die zu den größten in ganz Europa zählt. Geschichtlich bedingt legte die Bibliothek lange Zeit einen Schwerpunkt auf den Aufbau einer Sammlung sozialistischer Literatur, wovon sie mittlerweile aber Abstand genommen hat. Heute steht bei der Erweiterung der Bibliotheksbestände keine spezielle politische Richtung mehr im Vordergrund.

Eine der Haupttätigkeiten besteht in der Organisation von Jiddischkursen. Als diese in den 1970er Jahren zum ersten Mal angeboten wurden, fanden sich dafür gerade einmal 26 Schüler. Heute werden auf fünf verschiedenen Niveaus über 200 Personen unterrichtet.

Die Aufgaben des Gedenkdienstleistenden vor Ort bestehen vorwiegend im Vertrieb von Büchern, darunter sowohl Eigenpublikationen der *Maison de la culture Yiddish*, als auch antiquarische Bücher, die in den Bibliotheksbeständen mehrfach vorhanden sind. Nebenbei gilt es, im laufenden Bibliotheksbetrieb zu helfen, Besucher zu betreuen, Bücher und Zeitschriften zu katalogisieren, den Kontakt mit deutsch- und englischsprachigen Institutionen abzuwickeln und allgemeine Bürotätigkeiten zu übernehmen.

Sechs Angestellte und Dutzende ehrenamtliche Mitarbeiter organisieren indessen Konzerte, Vortrags- und Veranstaltungsreihen, Studienreisen, mehrtätige Musik-Workshops, Theaterstücke etc.

Das Interesse an jüdischer Kultur ist in Frankreich heute so groß wie seit Jahrzehnten nicht, Veranstaltungen der *Maison de la culture Yiddish* sind regelmäßig ausgebucht. Jiddisch wird gesprochen, Jiddisch lebt.

Ulrich Kopetzki mit einer freiwilligen Mitarbeiterin der Bibliothèque an einem Ausstellungsstand

Ulrich Kopetzki,  
Gedenkdienstleistender an der Bibliothèque Medem  
2006/07

WWW.SIL.AT  
TEL: 01.4933256

**FESTNETZ  
ABGEMELDET**

INTERNET UND TELEFON VON SILVER SERVER

Silver:ADSL:Home: Internet-Standleitung, Anschluss beliebig vieler Rechner, Telefon, günstige Gesprächsgebühren, E-Mail, eigene Webadresse und Support ohne Warteschleife für 40.80 Euro/Monat - kein Setup, keine versteckten Kosten, keine Traffic-Nachverrechnung.

**SILVER SERVER**  
INTERNET OHNE KOMPROMISS

## Meine erste Gruppe

Aus dem Leben eines Freiwilligen in Theresienstadt

In der Gedenkstätte Theresienstadt steht jeder Freiwillige schon sehr früh vor der Herausforderung, alleine und ohne Rückendeckung seines Vorgängers vor einer Gruppe junger Menschen zu stehen, deren Erwartungen man nur schwer erraten kann. Obwohl man in seiner Einarbeitungsphase schon bei einigen mehrtägigen Studienfahrten mitwirkte und sich auch die geschichtlichen Fakten durch tagelanges Einlesen verinnerlichte, steigt in einem das Gefühl der Befangenheit auf, wenn man in die Gesichter der Jugendlichen blickt.

Mit welchen Worten soll ich die Gruppe begrüßen? Soll ich jetzt schon über die Hausordnung sprechen oder doch erst am Abend nach dem Essen? Und wie sind eigentlich die Betreuer so drauf? Die haben ja noch gar nichts gesagt. Solche und ähnliche Fragen gehen einem in diesen Augenblicken durch den Kopf. Auf einmal besinnt man sich aber und denkt darüber nach, warum die Jugendlichen überhaupt hier sind. Dann beginnt man zu sprechen. Anfangs ist man noch etwas unsicher, aber sobald man merkt, dass einem die Leute aufmerksam zuhören, bekommt man immer mehr Sicherheit im eigenen Sprachfluss. Und

damit ist auch schon der erste Knoten aufgelöst und die erste Hürde genommen... bis zum Abendessen jedenfalls. Erstaunlicherweise gibt einem das eine gewisse Sicherheit, die einige Zeit vorhält. Natürlich gestaltet sich die Durchführung aller Programmpunkte in den darauf folgenden Tagen noch immer etwas wackelig und auch das Zeitmanagement steht noch auf unsicheren Beinen, aber trotzdem hat man ein gutes Gefühl, auf die Gruppe zuzugehen.

Nach nun schon mehr als acht Monaten hier in Theresienstadt hat sich auch bei mir eine Art Alltag und Routine in Bezug auf Gruppenbesuche eingestellt. Auch wenn im Laufe des Aufenthaltes nicht immer alles nach meinen Wunschvorstellungen klappte, habe ich die Freude an der Arbeit nicht verloren. Diese Tatsache hängt sicher auch damit zusammen, dass ich von Anfang an ein positives Gefühl bei der Begegnung mit Jugendgruppen hatte.

Johannes Wilhelm,  
Gedenkdienstleistender in Terezin 2006/07

(Der Beitrag wurde im Frühjahr 2007 verfasst)

## Gedenkstätte Steinhof: Ende eines Provisoriums



Im April 2002 eröffnete das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Auftrag der Stadt Wien die „Gedenkstätte Steinhof“, die in einem Nebengebäude des heutigen Otto-Wagner-Spitals (OWS, früher „Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof“) die Aufklärung über die nationalsozialistischen Medizinverbrechen vorantreiben sollte. Anlass war das Begräbnis der sterblichen Über-

reste von hunderten von Opfern der Euthanasieanstalt „Am Spiegelgrund“, die über Jahrzehnte zu Forschungszwecken aufbewahrt worden waren. Kern der Gedenkstätte ist die Ausstellung „Der Krieg gegen die Minderwertigen: Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien“, die die Krankenmorde in der Psychiatrie in den breiten Zusammenhang der damaligen Gesundheitspolitik und ihrer verbrecherischen Praktiken einordnet. Die 2002 von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Mittel reichten allerdings nur für eine als Wanderausstellung konzipierte, provisorische Lösung. In den fünf Jahren seit der Eröffnung wurde das ursprüngliche Provisorium auf Dauer gestellt. Zwar stieg das Interesse vor allem von Seiten der Schulen ständig an, die stets prekäre Finanzierung verhinderte aber eine langfristige Planung und eine professionelle pädagogische Betreuung.

Umso erfreulicher ist es, dass die Stadt Wien gemeinsam mit dem Österreichischen Nationalfonds nunmehr im Hinblick auf das Gedenkjahr 2008 die Finanzierung einer Neugestaltung und Erweiterung der Gedenkstätte zugesagt hat. Damit sollte es möglich sein, auf einer geringfügig erweiterten Fläche eine überarbeitete Dauerausstellung einzurichten und die Aufklärungsarbeit über die nationalsozialistische Gesundheits- und Rassenpolitik an einem wichtigen Schauplatz unter wesentlich verbesserten Rahmenbedingungen fortzusetzen.

Nähere Informationen zur Gedenkstätte sowie eine umfassende Online-Dokumentation zum Thema finden sich unter [www.gedenkstaettesteinhof.at](http://www.gedenkstaettesteinhof.at).

Herwig Czech,  
Historiker am Dokumentationsarchiv des  
österreichischen Widerstandes; 2002/03  
Gedenkdienst am Centre de Documentation Juive  
Contemporaine in Paris.

## ZeitzeugInnenprojekt

30. April bis 6. Mai 2007

Hansi Kirchknopf, Gedenkdienstleistender am LJCC in London, organisierte in Kooperation mit Maria Neumann, EVS-Freiwilliger im Gedenkdienst-Büro, eine Reise von aus Österreich vertriebenen Jüdinnen und Juden nach Wien. Hier besuchten sie eine Woche lang Schulen, um als ZeitzeugInnen vor jungen ÖsterreicherInnen ihre Geschichte zu erzählen.



### Am Ende einer Reise

Die Reise der Gruppe von Wiener Holocaust Überlebenden, die ich organisieren durfte, ist schon ein paar Monate her. Und mittlerweile ist auch die Zeit meines Gedenkdienstes am London Jewish Cultural Centre zu Ende gegangen. Nun soll ich ein paar Eindrücke dieser Reise wiedergeben. Das fällt mir nicht leicht, denn allzu viele Begegnungen und Erlebnisse sind mir in lebhafter Erinnerung. Ich könnte vom Erfolg unserer Reise berichten und das Feedback der LehrerInnen und SchülerInnen resümieren. Auch das scheint mir nicht zufriedenstellend. Und schon gar nicht möchte ich von der Planung berichten.

Was mir immer in Erinnerung bleiben wird und was mich am stärksten geprägt hat, ist die Einstellung, mit der diese Menschen ihre Arbeit vollbringen. Sie lassen sich nicht von dem Schmerz, der Ihnen in der Vergangenheit zugefügt wurde, gefangen nehmen. Den Nachfahren der Täter, wie etwa mir, geben sie zu verstehen, dass nur zählt, was wir selbst tun und nicht, was unsere Vorfahren taten. Zu den SchülerInnen in Österreich möchten sie auch nicht deshalb sprechen, weil sie junge ÖsterreicherInnen dafür zur Rechenschaft ziehen wollen, was ihnen hierzulande ab März 1938 angetan wurde, sondern um Ähnliches in der Zukunft zu verhindern. Ihnen liegt das Land ihrer Herkunft immer noch am Herzen und sie wollen etwas Positives für dieses Land bewirken.

Das Studium der Geschichte hilft uns, aus der Vergangenheit Orientierung zu gewinnen. Wenn wir aber auch menschlich daran wachsen wollen, dürfen wir insbesondere den schmerzhaften Teilen unserer Geschichte nicht ausweichen. Mir haben die aus Österreich Vertriebenen, die ich während meines Gedenkdienstes kennen lernte, gezeigt, dass nur die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein festes Fundament für eine positive Zukunft sein kann.

Unser Dank gilt: Harry Bibring, Otto Deutsch, Scarlett Epstein, Freddie Knoller, Trude Levi, George Vulkan

Johann Kirchknopf,  
2006/07 Gedenkdienstleistender am LJCC, London

### Begegnungen

Wenn ich das ZeitzeugInnenprojekt resümiere, dann betrachte ich es aus zwei Perspektiven. Zum einen erinnere ich mich als Mitorganisatorin, die ver zweifelt versuchte, LehrerInnen von der Bedeutung eines solchen Projekts und seiner Wichtigkeit zu überzeugen und manchmal auf sehr desillusionierende Ausreden und Absagen stieß.

Zum anderen denke ich an mich als Privatperson, der es vergönnt war Menschen zu treffen, deren Lebensfreude, Optimismus, Engagement scheinbar unbegrenzt ist –trotz den schwierigen Zeiten in ihrer Biografie, trotz der Verfolgungen durch die Nationalsozialisten, wofür ich ihnen meinen tiefsten Respekt zolle.

Khalil Gibran schrieb, dass Erinnerung eine Form der Begegnung ist. Ich begegnete nicht nur großartigen Persönlichkeiten, sondern über ihre Erzählungen hinaus auch der Geschichte meines Landes und somit mir selbst.

Einmal mehr habe ich gelernt, wie wichtig es ist den Blick nach vorne zu richten und dabei die Geschehnisse der Vergangenheit kritisch zu hinterfragen, ohne sich in ihnen zu verfangen.

Ich habe in dieser Woche nicht nur Einblicke in die Geschichte gewonnen, sondern mich, angeregt durch gemeinsame Gespräche, auch überraschend häufig mit der Gegenwart auseinandergesetzt und Prioritäten, die in der Mehrheit der Bevölkerung, von meinen Eltern, von Freunden, von mir gesetzt werden, in Frage gestellt.

Ich glaube, dass wir in unserer heutigen Gesellschaft sehr schnell und bestimmt auch häufig unbewusst Ideale verfolgen, die uns vorgelebt und daher von uns als richtig erachtet werden. Sie erfreuen sich einer eigentlich unberechtigten allgemeinen Gültigkeit. Für das Erreichen dieser Ziele, die uns gegebenenfalls nicht einmal entsprechen, stellen wir unsere wahren Ansprüche und Wünsche, die vielleicht ganz klein sein mögen und dennoch äußerst zufriedenstellend, zurück. Sich diesem Sog, der Unrast zu entreißen ist nur ein Aspekt, der mich in der gemeinsamen Woche, verstärkt beschäftigte, wenn auch ein sehr bedeutender.

Maria Neumann,  
2006/07 EVS-Freiwillige im GD-Büro

### Einige Zeilen zu unserem Besuch in Wien in 2007

Meine Mutter war Wienerin. Ich bin in Ungarn, an der Grenze zu Österreich, in Steinamanger (Szombathely) zweisprachig aufgewachsen. Dadurch wurde ich in die Gruppe der in Österreich geborenen Redner aufgenommen. Dieses war das dritte Mal, dass wir nach Wien kamen, um in den Schulen unsere Kriegserlebnisse als Juden zu erzählen. In Hansi Kirchknopf hatte ich einen besonders lieben, aufmerksamen Begleiter in den Schulen. Das interessanteste war unser Besuch in seiner alten Schule, nämlich in Eisenstadt, im Gymnasium Wolfgarten. Die Jugendlichen waren anscheinend sehr gut vorbereitet und haben sehr aufmerksam zugehört. Sie waren total still, während ich ihnen erzählte.

Nach dem Vortrag waren wir bei der Bürgermeisterin zum Kaffee eingeladen. Da ich ja nicht weit von der burgenländischen Grenze aufgewachsen bin hatten wir etwas Gemeinsames: Wir beide sind von den verschiedenen Seiten der Staatsgrenze für Ausflüge in die Berge zum Geschriebenen Stein gegangen. Der Stein markiert die Grenze zwischen Österreich und Ungarn. Wir sind beide oft illegal über die Grenze gegangen, als wir an die andere Seite vom Stein übergetreten sind.

Ich erzählte auch in zwei Wiener Gymnasien, dem Piaristen Gymnasium und dem Gymnasium Stubenbastei, meine Geschichte und nahm Teil an der Debatte im Gedenkdienstbüro zu der Frage, wie unsere Erlebnisse unseren Glauben und unsere Einstellung zum Judentum beeinflusst haben.

Trude Levi,  
London im August 2007

Der „Gedenkraum“ im Keller der Pathologie des Otto Wagner-Spitals. Hier wurden die sterblichen Überreste der Spiegelgrund-Opfer bis zu ihrer Bestattung im April 2002 aufbewahrt.

### Impressum

**Medieninhaber:** GEDENKDIENTST  
– Zivildienst – Holocaust-Education  
– Europäischer Freiwilligendienst, A-1010 Wien,  
Rabensteig 3/18, tel +43 1 581 04 90 fax dw -90,  
office@gedenkdienst.at, BAWAG, BLZ 14 000,  
Kto. 02010607593, DVR 003506,  
**Obmann:** Florian Wenninger,  
**Kassier:** Leonhard Meirer,  
**Schriftführer:** Stefan Onzek

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen.

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
Herwig Czech, Harald Edinger, Johann Kirchknopf,  
Christian Klösch, Ulrich Kopetzki, Maria Neumann,  
Markus Rief, Trude Levi, Florian Wenninger,  
Johannes Wilhelm  
**Redaktion:** Oliver Kühschelm  
**Layout:** Harald Mahrer

**Impressum:** Verleger/Herausgeber/Hersteller:  
GEDENKDIENTST – Zivildienst – Holocaust-Education  
– Europäischer Freiwilligendienst  
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18,  
tel & fax +43 1 581 04 90  
Druck: REMAprint, Wien, Erscheinungsort: Wien,  
Auflage: 3000, Preis: € 0,75

# GEDENKDIENTST

Zivilersatzdienst - Holocaust-Education - Europäischer Freiwilligendienst

GEDENKDIENTST ist eine politisch unabhängige Organisation, die Aufklärungsarbeit über den Holocaust, seine Ursachen und Folgen leistet. Besonders die Rolle von ÖsterreicherInnen als „Täter, Opfer und Zuschauer“ kommt dabei zur Sprache.

Damit wollen wir als junge Generation unseren Teil der kollektiven Verantwortung übernehmen indem wir gegen das Vergessen und Verdrängen arbeiten. Mit unserer Arbeit wollen wir bei der Schaffung eines breiteren und tieferen Bewußtseins über den Holocaust mithelfen und die Erinnerung an das Geschehene besonders bei Jugendlichen wachhalten.

#### Programme

- Studienfahrten zu Gedenkstätten
- Seminare zu Schwerpunktthemen
- Organisation von Vorträgen, Filmvorführungen u.a.m.
- Projektunterricht zum Thema Holocaust

Freiwillige können diese Arbeit an 19 Holocaustgedenkstätten und Forschungseinrichtungen im Rahmen eines 12,5-monatigen Gedenkdiens fortsetzen. Zivildienstpflichtige werden danach nicht mehr zum ordentlichen Zivildienst in Österreich herangezogen. Frauen und nicht zivildienstpflichtige Männer können im Rahmen des European Voluntary Service (EVS) oder durch den Geschwister-Mezei-Fonds gefördert Gedenkdiens leisten.

Alle bisher erschienenen Ausgaben von GEDENKDIENTST finden Sie auch im Internet unter der Adresse: <http://zeitung.gedenkdienst.at>



Mit freundlicher Unterstützung durch:



No 4/07

Für alle Einsatzstellen können sich Frauen wie Männer bewerben!

Akko  
**Beth Lohame Haghetaot  
Ghetto Fighters' House**

Amsterdam  
**Anne Frank Haus**

Auschwitz  
**Internationale  
Jugendbegegnungsstätte**

Berlin  
**Anne Frank Zentrum**

Buenos Aires  
**Hogar Adolfo Hirsch**

Brüssel  
**Fondation Auschwitz**

Budapest  
**Holocaust-Dokumentationszentrum**

Jerusalem  
**Yad Vashem**

London  
**London Jewish Cultural Centre**

Kiew  
**Ukrainian Center for  
Holocaust Studies**

Marzabotto  
**Fondazione Scuola di Pace  
di Monte Sole**

New York  
**Leo Baeck Institute**

Paris  
**La Maison de la Culture Yiddish /  
Bibliothèque Medem**

Prag  
**Institut Theresienstädter Initiative**

Tel Aviv  
**Anita Mueller Cohen Elternheim**

Terezín  
**Gedenkstätte Theresienstadt**

Vilnius  
**Jüdisches Museum**

Warschau  
**Jüdisches Historisches Institut**

Washington  
**US Holocaust Memorial Museum**

GEDENKDIENTST  
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18  
tel +43 1 581 04 90  
fax +43 1 581 04 90 90  
office@gedenkdiens.at  
www.gedenkdiens.at

Kontaktadresse